

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)

Dreimonatlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalten ober deren Raum mit 20 Pfg. folche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unferen Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Zeile 60 Pfg.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage: (Der Nachdruck unferer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.)

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld.
Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich
S. B. Otto Sende in Halle.
Fernsprechverbindung mit Berlin und Delitzsch.
Anschluß-Nr. 176.

Nr. 301. Halle a. d. Saale, Dienstag den 24. Dezember 1889.

Die Bestellung

unserer Zeitung auf das mit dem 1. Januar beginnende neue Vierteljahr bitten wir rechtzeitig erneuern zu wollen, damit die Zustellung von Anfang an regelmäßig erfolgen kann. Für die auswärtigen Besteller bemerken wir, daß die Saale-Zeitung im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Nr. 5002 eingetragen ist.

Der vierteljährliche Bezugspreis beträgt für Halle 2,50 M., durch die Post bezogen — einschließlich der Postgebühren, aber ohne Bestellgeld.

Bestellungsveränderungen haben bei dem großen Leserkreis der Saale-Zeitung den günstigsten Erfolg.

Unsere Lesern in Halle und im Saalkreise zur Nachricht, daß die Bestellungen der königlichen Landratskammer des Saalkreises, des Magistrats und der Polizei-Verwaltung der Stadt Halle, soweit sie von allgemeinerer Bedeutung sind, durch unsere Zeitung veröffentlicht werden.

Redaktion und Expedition der Saale-Zeitung.

Der achtstündige Arbeitstag.

Im Laufe des nun zu Ende gehenden Ausstellungsjahres tagten in Paris zwei Kongresse von mehr oder minder ausgeprägten sozialdemokratischen Gesinnung; deutsche Sozialdemokraten nahmen, von der Subventionierung seitlich begünstigt, in hervorragender Weise an den Debatten teil, und obwohl das Bemühen, die beiden Kongresse zu vereinen, fruchtlos blieb, so einigte man sich doch schließlich wenigstens dahin, als nächstes Ziel die Einführung des achtstündigen Arbeitstages ins Auge zu fassen. Weit über das hat sich schon genügend große Gebiet der sozialistischen Gesinnung hinaus hat der hier geäußerte Gedanke Anklang gefunden; ein leiser Widerspruch kam nur von England, dem Erlande des Individualismus, herüber, sonst stimmte man überall freudig bei und große Arbeitergruppen in Deutschland wollen am 1. Mai 1890 eine gewaltige Demonstration für den achtstündigen Normalarbeitstag ins Werk setzen. Es wird daher gut sein, bei Zeiten zu prüfen, was an der hier aufgestellten Forderung auch wirklich, was vernünftig erscheint.

Es sind nicht, wie bei der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, hygienische Gründe, die diese neue Forderung von sozialistischer Seite veranlaßt haben: Die Sozialdemokraten wollen damit vielmehr auf die Lohnfrage einen Druck üben. Die Löhne können nicht wesentlich steigen, sagen sie, weil infolge der langen Arbeitszeit stets unerschöpfliche Hände genug da sind, die für jeden Preis nach der von ihnen gebotenen Geschwindigkeit arbeiten werden. Verfügen wir uns zur Umwertung eines größeren Personals; die soziale Reform kommt tritt in die Lücken und da ein weiterer Erfolg nun nicht mehr vorhanden ist, können wir die Arbeitsbedingungen und also vor allem den Lohn festsetzen. Das klingt überaus praktisch und einfach, und es ist wohl begründet, daß beschränkte Intelligenzen in diesem Mittel den Stein der Weisen sehen; in der Nähe angehaucht, zeigt sich in dieser anscheinend so streng logischen Entwicklung jedoch mehr als ein Widerspruch.

Zunächst wäre eine internationale Fixierung der Arbeitszeit nötig, um den Zugang fremder Arbeiter abzuwehren, und selbst wenn das geschehen, wenn Belgien seinen zwölfstündigen, Österreich und die Schweiz ihren elfstündigen Normalarbeitstag gewahrt hätten und die Währungszeit durch ganz Europa gälte, so würde sich eben doch bald eine neue internationale Arbeiterrefuge bilden, und alles wäre beim Alten. Aber selbst wenn auch das verhindert und — nach dem Wunsch besonders vorgeprägter Sozialisten — ein internationaler Lohnfuß für ganz Europa festgelegt wäre, so würden die Protagonisten eben als Arbeitsprodukt in entsprechender Proportion steigen; die Köpfe würde also um so viel theurer werden, als die Mehrzahl eine Lösung ausmacht, und in naturgemäßer Entwicklung würde diese Preissteigerung sich auf alle Arbeitskräfte erstrecken, sobald der Arbeiter als Konsument zusetzen müßte, was er durch höheren Lohn erwirbt. Wie bei den meisten sozialistischen Experimenten sehen wir auch hier einen circulus vitiosus, durch den fernen Teil gehoben wird. Die ganze Theorie ist, so gesagt, ein Gebäude von Trugschlüssen, das der erste Windhauch ernsthafter Kritik zu Boden weht.

Und doch ist eine Verkürzung der Arbeitszeit so gut wie die bessere Ausgestaltung der Wohnverhältnisse ein Ziel, auf's höchste zu wünschen. Nur muß man nicht dabei mit einander verquiden, nicht dabei zugleich und auf einen Schlag erreichen wollen. Die große Emanzipationsbewegung des vierten Standes erfordert Eifer und Geduld auf beiden Seiten, mit PreSSION und Drohungen ist da nichts zu erreichen; billige Forderungen brechen sich schließlich doch Bahn. Wir leben im Jahrhundert der Erfindungen; der Maschinenbetrieb hat gewaltigere Veränderungen in unserem Kulturleben hervorgerufen als alle Kriege der letzten fünfzigjährigen Jahre, und wenn es gelingt — durch Neuerfindungen auf technischem Gebiet oder durch zweckmäßige Benützung des Arbeiters vor Überanstrengung — die Produktivität der Arbeit zu steigern, d. h. in kürzerer Zeit dieselbe Arbeit zu leisten, die jetzt in größerer Umdenung benötigt wird, so wird damit gleichzeitig die dringende Frage des Normalarbeitstages gelöst sein. Zweifellos geht es zeitweise Vertriebe, in denen eine solche Steigerung der Produktivität noch möglich ist, und wo das der Fall ist, liegt eine solche Lösung gleichzeitig auch durchaus im Interesse der Arbeitgeber, die bei geringerer Arbeitszeit auch ihrerseits an Verwaltungskosten für De-

lenkung, Heizung usw. nicht unwesentliche Ersparnisse machen würden. Auch hier lauten schließlich die Interessen parallel: auskömmlich bezahlte und nicht überangelegene Arbeiter werden mehr leisten können und besser als ungeschickte, abgelebte Leute.

Wir haben vorhin gesagt, nur aus dem Erlande des Individualismus ist ein Widerspruch gegen die sozialistische Forderung erfolgt. In der That ist die Frage des achtstündigen Arbeitstages in ganz hervorragendem Maße eine solche, die nach individueller, nicht aber nach schematischer Regelung hindringt. Bei der grundsätzlichen Verschiedenheit der Arbeitsbetriebe, bei ihrer weit auseinander strebenden Gesundheitsfähigkeit erscheint es überaus töricht, eine gesetzlich fixierte Grenze errichten zu wollen. Damit wäre dem Arbeiter selbst am wenigsten gedient. Ein unter Tage arbeitender Bergmann kann nicht so lange thätig sein wie ein Fabrikarbeiter, und auch unter diesen finden sich noch Betriebe der aller-verschiedensten Art. Die sozialistische Art, alles über einen Kamm zu scheeren, würde hier wieder einmal Unheil stiften, indem sie dem Einen zu viel, dem Anderen zu wenig zumsetzt. Nur von Fall zu Fall, nach freier Vereinbarung mittels der nicht dringenden für vorbereitenden Arbeitersausschüsse und Einigungsämter kann die Dauer der Arbeitszeit festgelegt werden.

Unsere Stellungnahme zu gewissen sozialpolitischen Gesetzen hat bewiesen, daß wir nicht prinzipielle Gegner jeder staatlichen Organisation sind; wir erkennen an, daß die Massen heute mindestens noch in manchen Dingen an ihrem Heil gesonnen werden müssen, und wir freuen uns der höchsten Initiative der Regierung, wo es sich um Krantheit, Unfall oder Invalidität handelt. Der gesunde Arbeiter aber, dessen kulturelle Schulung mit jedem Jahr weitere Fortschritte macht, bedarf der steten staatlichen Bevormundung nicht, die in das durchaus private Arbeitsverhältnis nur ein schließlich beiden Theilen ärgerliches Moment hineinträgt. Wer es gut meint mit dem Arbeiterstand, der wird ihm die Segnungen der Gewerkschaft, der Freizügigkeit und der Koalitionsfreiheit zu erhalten streben und ihn selbständig zu machen suchen, auf daß er in freier Vereinbarung mit seinem Vorgesetzten über die Arbeitsbedingungen je nach der Art jenes Betriebes verhandeln kann. Die sozialistische Forderung eines internationalen achtstündigen Arbeitstages für alle Betriebe aber ist einseitig und schematisch, und darum können wir uns nicht für dieselbe erwärmen. Sie ist aus unfruchtbarer Theorie hervorgegangen, und die lebendigen Einrichtungen des praktischen Lebens führen gegen sie eine außerordentlich Sprache.

Politische Uebersicht.

Die einstweilige Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien hat in einem am Sonnabend veröffentlichten Erlaß die allgemeinen Wahlen auf den 15. Sept. f. J. und den Zusammentritt der konstituierenden Versammlung auf den 15. Nov. f. J. festgelegt. Der Erlaß verhängt ferner die Verbanung über den Kaiser Dom Pedro und seine Familie, sowie über dessen Gattin, die Kaiserin Doro Pedro und dessen Bruder Carlos Afonso; der Gouverneur von Rio Grande do Sul, Silveira Martins, soll deportiert werden; endlich die dem Kaiser gehörige Summe von 5 Millionen Milreis zurückgegeben und dessen jährliche Pension suspendiert. — Nach weiteren Mittheilungen aus Rio de Janeiro liegt der gegenwärtige Präsident der Republik, General Deodoro da Fonseca, im Sterben; eine ernsthafte Ministerkrise soll infolge dessen befristet werden. Ferner soll in Rio de Janeiro eine Meuterei der Truppen ausgebrochen sein. Es wurde infolge dessen die Meuterei und zahlreiche Riellen wurden verhaftet. — An Newport traf am 18. d. der Dampfer „Cyril“ von Brasilien ein. Derselbe meldet, daß die Republikaner in Rio de Janeiro am Morgen nach der Proclamation wertvolle Gemäde, besonders Portraits des Dom Pedro's und der kaiserlichen Familie, raubten und sich das kaiserliche Vermögen bereiteten, in den Wäldern die Köpfe auszuscheiden. — Es scheint, daß der Gouverneur von Para der Präsident der Companhia Mercantil ist, welche es durchsetzte, daß eine hohe Ausschreibung auf Gummi in ihrem Interesse gelegt wurde. Die brasilianische Regierung will Para eine Summe von 700,000 Doll. vorstrecken, um eine Krise zu vermeiden, sobald die Gummiunternehmung ist. — Der brasilianische Gesandte in Rom erhielt vom Finanzminister unterm 19. d. ein Telegramm, worin derselbe die Behauptung aufweist, daß die Revolution in Brasilien durch die Abschaffung der Sklaverei veranlaßt sei. Die Ursache der Revolution sei allerdings der vorübergehende finanzielle Mangel; die Gelegenheit zu der Revolution habe ein militärischer Aufruhr gegeben. Das Ministerium hoffe, daß eine konstitutive Versammlung einberufen zu können, die einzelnen Staaten seien bereits mit der Organisation ihrer Verfassungen beschäftigt.

Wie man aus Lissabon berichtet, will die republikanische Partei Portugals ein Manifest an das portugiesische Volk erlassen und daselbe anfordern, das „Nach der Monarchie“ abzuschießen. Die Regierung sei der rasch zunehmenden Bewegung gegenüber mit Besorgnis erfüllt und habe den Brasilianer Dom Pedro erucht haben, Lissabon zu verlassen, da seine Anwesenheit und der Gleichmut, mit welchem er seine Entspruchung aufgenommen, die republikanische Sache fördere. Gutem Vernehmen nach hat Lord Salisbury dem portugiesischen Minister des Auswärtigen, Barros Gomes, durch den englischen Gesandten in Lissabon eine Note überreichen lassen. Wir haben bereits am Sonnabend telegraphisch davon kurze

Notiz genommen. In der Note werden Vorstellungen gegen das Vorgehen Portugals im südlichen Afrika erhoben und die ausländische Militärpolitik und Zurückziehung des Auftrags des portugiesischen Agenten im Sambesgebiete geordert. Die Note, die übrigens keinerlei Drohungen enthält, fordert die Portugiesen auf, durch welche sich England im südlichen Afrika. Das die von einem vornehmlichen Vertreter Englands aufgestellten englische Forderungen angenommen und befreit werde, könne die englische Regierung unter keinen Umständen gestatten. Das man auch sonst in England in dem Streitfall jetzt energisch vorgeht, geht daraus hervor, daß nach einer Meldung aus Kapstadt, die drei englischen Kriegsschiffe „Haleigh“, „Curacao“ und „Bris“ Befehl erhalten haben, unverweilt nach der Delagoa-Bai zu gehen.

Für die Antislaverei-Konferenz in Brüssel hat D. Schröder-Poggelein im „Deutschen Wochenbl.“ einen Vorschlag gemacht, der ebenfalls zu erörtern ist. D. Schröder schreibt:

„Würden sich die Konferenzmächte zu einem praktischen Vorgehen, wie es Belgien vorschlägt, nicht nur im Prinzip entschließen, sondern auch solches gemeinsam in Angriff nehmen, so würden wir uninteressiert lieber vorschlagen, die sogenannte Internationaler Provinz Etna-Pagosa wieder zu betreiben, und zwar nicht selbst durch eine internationale Aktion, sondern durch Stationen mit der Hilfe in Verbindung zu erhalten. Der Kongress, Ägypten und Deutschland haben hieran ein gleiches Interesse, da die von Etna gebaltene Provinz die Arbeiter des Nordens wie ein breiter Ball von denen des Südens löst.“

„In der Provinz dürften sich freilich auch einem solchen Plane eben so große Schwierigkeiten entgegenstellen wie einer sonstigen gemeinsamen Aktion der Mächte gegen die Sklavenhändler. Wenn die Provinz Etna-Pagosa den Wladivostok einmal wieder entziehen werden sollte, so wird das vermutlich durch eine einzelne Macht geschehen, die dann als Lohn für ihre Anstrengungen die eroberte Provinz aber auch für sich allein in Anspruch nehmen kann.“

Ein weiterer Brief Stanley's, der über Etna-Pagosa zwar manches Neue enthält, dessen Inhalt man aber doch mit einiger Zweifel aufnehmen dürfte, ist bei Sir Francis de Winton eingetroffen. Einiges aus dem Briefe ist an der Spitze der heutigen 1. Beilage mitgeteilt.

Der italienische Finanzminister hat am Sonnabend dem Parlament betr. die Abschaffung der Differentialzölle dem Senate vorgelegt. Das Gesetz kommt am Montag zur Verhandlung. — Die wegen des Bombenverfalls auf dem Colonna-Platz in Rom am 18. Aug. Angeklagten Brattini und Ballotta wurden infolge des von den Geschworenen abgegebenen Urtheils ersterer zu 15 Jahren Zuchthaus, letzterer zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt. Als der Staatsanwalt zwanzigjährige Zuchthausarbeit beantragte, rief Brattini: „Es lebe die Anarchie.“

„An Aber traf, laut einer Mittheilung der „Agenzia Stefani“, ein Bote mit Nachrichten von Rom, dem Vertreter des Königs von Italien bei der Krönung Wenicis, ein. Danach hat die Krönung des Königs von Schoa am 3. Nov. stattgefunden, die der Krönung am 5. Nov. König Wenicis gab seiner Zufriedenheit über die Anwesenheit Romagnis Ausdruck und eine Wochenschrift über die Krönung als Grund der Vergewerung der Expedition nach Tigre angibt; Ras Alula lebte in Tigre noch Widerstand und die Provinz befand sich noch immer in vollständiger Anarchie. Wenicis werde demnach selbst dorthin gehen, und für den Fall, daß sich Wangalcha unterwerfen sollte. — Die römische „Gazzetta“ bemerkt der „Times“ gegenüber, welche Italien seit langem Zeit in allen Afrika bet. Fragen im Unerwünschten mit England vergegangen und werde von dieser allen Freundschaft nicht plötzlich zu der gewaltsamen Eroberung des England wenigstens indirekt unterworfenen Hafens von Agis übergehen.“

„An der französischen Deputirtenkammer richtete am Sonnabend der pariser Deputirte Granger an den Aussenminister Frage eine Anfrage wegen des Verbots der Einfuhr von Hammeln aus Deutschland; er beantragte diese Maßregel, die verhängende Interessen habe. Der Minister erwiderte, die Maßregel sei infolge einer ansehnlichen Anzahl von Beschwerden, welche in Deutschland unter den Hammeln herrsche.“

Die spanischen Cortes sind am Sonnabend bis nach Mitte Januar vertagt worden. Der Ministerwechsel wird während der Ferien stattfinden. Sagasta, Vega Armijo und Becerra werden im Winter am bleiben.

Die gegenwärtige Session der schweizerischen Bundesversammlung ist am Sonnabend geschlossen worden; die nächste Session beginnt am 2. Juni 1890. — In Neuenburg haben die eidgenössischen Mächte die wegen des belanzten Anarchisten-Manifestes Angeklagten einstimmig freigesprochen.

Ein kaiserlicher Ukas beauftragt den russischen Finanzminister, folgende Reichschatz-Billets der Veranbarung zu übergeben, welche als Zahlung eingelaufen sind beim Austausch zurückgegeben sind: für 3 Mill. Rubel-Billets mit dem Jahrestermin 1891, 3 Mill. Rubel-Billets mit dem Jahrestermin 1890 und 12 Mill. Rubel mit dem Jahrestermin 1890, in Summa 18 Mill. Rubel. Auf diese Weise wird der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Jahres 1888 in Höhe von 34,170,000 Rubel verausgabt sein, und zwar 13,852,000 Rubel für Tilgung der Schuld bei der Reichsbank und 18 Mill. für Herabminderung der detto

Kontante. Der Ueberschuß von 2,345,000 Rubel soll, wie bekannt, zum außerordentlichen Hilfsfonds hinzugeschlagen werden und zwar Schluß Rechnung der Ausgaben beim Bau und bei Verbesserungen der Eisenbahnen und Handelsstraßen.

Wie die „Polit. Korresp.“ aus Belgrad meldet, hoffen die serbischen Regierungskreise auf einen Ausgleich mit der Anglobank zu gelangen. Die serbische Regierung will der Anglobank 6 Mill. Franc. anbieten, und zwar 4/10 Mill. Franc. zur Tilgung des Anleihenbusses und 2/10 Mill. Franc. als Ablösungsumme für die Selbstopferte. Mit der serbischen Nationalbank sind wegen Verfassung dieses Betrages Verhandlungen eingeleitet. Falls eine Verständigung zwischen der Regierung und der Nationalbank nicht zustande kommt, sind die serbischen Gerichte zur Austragung des Streitfalles kompetent. Die Gerichte, daß die Regierung den aus der Tabaksteuer hervorgehenden Verbindlichkeiten Serbien nicht nachkommen werde, werden nachgehenden Orts entscheiden in Abrede gestellt. — In Belgrad werden seit einigen Tagen infolge im Druckverfahren verbreiteter, deren Verfasser ein ehemaliger Archivarbeiter unter der Regierung Milans ist, der zweimal landesverworfen war und nun das serbische Volk zum Sturze der Monarchie auffordert, damit das Land von der drückenden Schuldenlast befreit werde.

Bei der am Sonnabend in der rumänischen Deputiertenkammer fortgesetzten Redebehalte sprach Bleta (Opposition) von einer persönlichen äußeren Politik des Königs. Der Minister des Auswärtigen, Gabovari, antwortete, der König werde seinen persönlichen Einfluß nur im Interesse des Landes an auswärtigen Zeitungen, könne und nicht eine so große Befreiheit wie die oppositionelle Partei fände. Nachdem jedoch die Amendements abgelehnt waren, wurde die Adresse mit 73 gegen 11 St. angenommen.

Die bulgarische Sobranje begann am letzten Freitag die Debatte über das Budget. Die Mitglieder der Opposition verlangten die Verjüngung der Ausgaben, was jedoch Stambuloff nach der gegenwärtigen Lage für unmöglich erklärte. Der Etat des Innern wurde angenommen. Das gesammte Defizit für das Rechnungsjahr 1890/91 beträgt 18 Millionen. — Zwischen der Regierung und den Delegirten der Anstaltsbahnen ist eine Vereinbarung wegen Anfaufs der Linie Bakarel-Willowa zum Preise von 150,000 Franc. für das Kam, zahlbar in Eisenbahnen innerhalb 10 Jahren, getroffen worden.

Auch in Belgien geht es fortgesetzt unter den Koffen-grabenarbeitern. Wie man aus Charleroi mittheilt, ist am Sonnabend in den drei bedeutendsten Koffen-gruben von Ghilly ein vollständiger Streik ausgebrochen. Die Bürgergarde ist zusammenberufen worden, um etwaige Unruhestörungen zu verhindern.

Es würde bereits mitgeteilt, daß in China sämtliche Eisenbahnprojekte infolge politischer Intrigue und wegen der Abneigung der Bevölkerung gegen dieselben auf unbestimmte Zeit vertagt seien. Zu dem chinesischen Eisenwerke, welches über 11 Mill. qkm Lausang und 400 Mill. Einwohner zählt, giebt es bis jetzt nur eine einzige Eisenbahn von Tschuan nach Tschin, die eine Länge von 130 km hat. Es sollten nunmehr zunächst Eisenbahnen, vorzugsweise aus strategischen Gründen, nach der russischen Grenze gebaut werden. Alsobald sollten Bahnen in das Innere folgen, welche das Reich der Mitte zu welchem bisher nur über einige Bergstraßen der Zugang freistehet, dem Weltverkehr eröffnen hätten. Auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel hatten für diesen Fall bereits ihre Vorbereitungen getroffen. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf unsere neulichsten Artikel. „Das Erwachen Chinas.“ Wenn die „Times“ genau benachrichtigt ist, hat in China jetzt die reaktionäre Partei in der vielbesprochenen Eisenbahnfrage wieder Oberwasser erhalten. Die chinesische Bevölkerung, welche ihre Leben an allen Wegen zu befeuern pflegt, befürchtet von dem Bahnbetriebe eine Verunreinigung der Gesichtsmaße; die hygienischen Politiker ihrerseits wollen die Abperrung des chinesischen Reiches vom Weltverkehr, soweit es immer angeht, aufrecht erhalten.

In Japan, so meldet man erst heute, wurde am 3. Novbr. der einzige Sohn des Mikado, Prinz Hara, ein 10jähriger Knabe, kraft eines fasslichen Dekrets zum Thronerben ernannt. Mit dem Ereignis waren großartige Festlichkeiten verbunden. Dem jugendlichen Kronprinzen wurde ein Säbel verehrt, der während der letzten tausend Jahre den hinter-einanderfolgenden Kronprinzen Japans gehörte.

Nach dem Wiederauftritt der brüderlichen Antifaktorenkonferenz will die Kongoregierung die Abfassung des Artikels der Berliner Kongofakte beantragen, welcher die freie Einfuhr europäischer Waaren in den Kongostaat festsetzt. — Während man im Kongostaat kaum mit dem Bau der Kongo-eisenbahn, welche den unteren und oberen Kongo am linken Ufer verbinden soll, begonnen hat, wird schon eine zweite Kongo-eisenbahn geplant. Diese neue rechtsseitige Bahn soll den belgischen und französischen Kongo verbinden, vom Untertongo ausgehen und die Ausbeutung der von den französischen Westindien de Braga und Vallay entdeckten Kupferminen bei Katanga ermöglichen. Die Bahn endet im Gebiete des französischen Kongostaates; die Pläne für diese Bahn, welche schmalspurig angelegt werden soll, sind in Belgien ausgearbeitet worden, und man erwartet auch günstige finanzielle Ergebnisse aus diesem Unternehmen. Eine aus belgischen Ingenieuren bestehende Expedition geht demnächst nach Afrika ab, um die Linie für diese Eisenbahn festzustellen.

Kleinere telegraphische Mittheilungen.

* Wien, 22. Dez. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit der Erzherzogin Marie Valerie und dem Erzherzog Franz Salvator heute in Mitanara eingetroffen.

* Paris, 21. Dez. Präsident Carnot ist unspädlich; der heutige Ministerrat ist ausgefallen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 22. Dez. Der Kaiser stand gestern früh auf und führte Vorträge. Am Nachmittag empfing Sr. Maj. in Schloss Friedrichshagen den Generalleutnant und Ober-Quartiermeister der Armee, Grafen v. Saefer, zu längerem Vortrage und unter dem Grafen einen kurzen Spaziergang in die nächste Umgebung des Schlosses. Das Volk nahm die Meistzeiten ab und während der Abendstunden verließ der Kaiser in seinem Arbeitszimmer und erzielte Regierungsangelegenheiten. Auch heute früh erschien Sr. Maj. wieder zu gewohnter Stunde in seinem Arbeitszimmer und arbeitete zunächst länger Zeit allein. Später hatte der Kaiser eine Unterredung mit dem Geh. Regierungsrath Wichner. Nachmittags fand bei den Majestäten

engere Familienratel und zu derselben Zeit für das Geschehe Bericht erstattet. Der vom Grafen v. Saefer behauptete ist der Kaiser jetzt vollständig wieder hergestellt und sein Befinden wieder vortrefflich. Auch das Befinden der Kaiserin, des Kronprinzen und der übrigen Prinzen ist das beste. Am 30. Dez. werden der Kaiser und die Kaiserin mit dem Prinzen und dem gesammten Hofstaat nach Westfalen, um das während des Winters in das Schloss Wilhelms zu nehmen. Die Kaiserin empfing vorgestern einige aus Kassel mit herkommende Offiziere des Kaiserlich-Regiments Königin (Kommando) Nr. 2. — Die Kaiserin hat den türkischen Feldmarschall Ali Pascha, dem Adjunkten des Sultans, für ein sehr großes Wohlthun eigenhändig Blumenkranzschleifen zum Geschenk gemacht. — Die Kaiserin Augusta und der Großherzog und die Großherzogin von Baden wohnten heute vormittag mit ihrer nächsten Umgebung einem Hausgottesdienste bei. Die Kaiserin Augusta unter dem mittags eine Ausfahrt. Gestern vormittag hatte Sr. Maj. den Großherzog und die Großherzogin von Baden nach deren erfolgter Ankunft aus Karlsruhe empfangen. — Der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden sowie der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen legten sich heute mittag nach Weidau, um den Majestäten einen Besuch abzustatten. Die Herrschaften verweilten längere Zeit in Schloss Friedrichshagen und nahmen an dem Familienratel theil. Heute abend 6 Uhr wird die Serraglio Wilhelm zu Schleswig-Holstein, die Mutter der Kaiserin, nebst ihrem Gemahle, von Dresden kommend, hier eintreffen. — Der König von Hessen, welcher seit längerer Zeit in Berlin weilte, begabte heute wieder abzureisen. — Der Prinz Albert von Schleswig-Holstein, welcher sich gestern auf etwa 14 Tage von hier nach Vollenstedt begibt.

Die Eröffnung des preussischen Landtags steht am 14. Jan. bevor. Die beiden Parlamente werden abdam wieder mehrere Wochen nebeneinander tagen, wie es schon seit längeren Jahren der Fall ist. Die damit verbundenen Unbequemlichkeiten haben sich durch die entgegengesetzten Progre der beiderseitigen Präsidien mehr und mehr gemindert. Beim Sonnabend der Wahlen dürfte dann auch das Abgeordnetenhaus sich auf einige Zeit vertagen.

Die Unfallversicherung der Arbeiter erfordert noch immer die Regelung freier Punkte und die Ausdehnung von Unlebensheiten im Interesse der Versicherten. So war wiederholt vorgekommen, daß in Fällen, in denen die Entschädigungsversicherung der Berufs-Gesellschaft unbetrieben war, jedoch nur Zweifel vorhanden waren, welche Sektion hierbei in Frage käme, die zur Renten-Versicherung zuständigen Sektionen ihre uthliche Zuständigkeit verneint und deshalb eine Feststellung der Entschädigungs-Ansprüche mittels förmlichen Ablesungs-Beschlusses verweigert haben. In diesen Fällen mußten die Beteiligten die höheren Instanzen anrufen und konnten unter Umständen erst in der Rechts-Anspruch zu ihrem Rechte gelangen. Das Reichs-Versicherungsamt hat nun in diesem Schreiben vom 3. Dez. dies Verfahren als unzulässig bezeichnet und darin ausgeführt: eine solche Verweigerung in der Verfolgung von der nicht zweifelhaften Rechts ist dem Entschädigungs-Berathigten zuzumuten, da die Berufs-Gesellschaft als solche die Trägerin der Versicherung ist. Die Entschädigung der prinzipiellen Streitfrage, im Bezirk welcher Sektion ein Unfall als eingetreten zu erachten sei, könne nachträglich im Verwaltungswege, also schließlich durch das Reichs-Versicherungsamt zum Austrage gebracht werden. In Bezug auf die Renten-Versicherung empfiehlt das Amt für die bezeichneten Fälle auf das zentrale Organ der Gesellschaft, d. h. den Vorstand derselben zurückzuweisen. Weiter wird es in dem Rundschreiben als empfehlenswerth bezeichnet, in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache bei nächster Gelegenheit in das Gesellschafts-Statut eine Bestimmung dahin aufzunehmen, daß die Renten-Feststellung durch den Gesellschafts-Vorstand in streitigen Fällen zu erfolgen hat. Das Reichs-Versicherungsamt will aber, ehe es eine förmliche Entscheidung trifft, erst die Auffassungen der Berufs-Gesellschaften kennen lernen und hat deshalb die Vorkläreung am Aufseheren darüber bis zum 1. April 1890 erlitten.

Der Knappschaffs-Verband hatte vor einiger Zeit sich versammelt und an die Knappschaffs-Kassen ein Schreiben gerichtet, worin er die Verhältnisse der letzteren zur Invaliditäts- und Alters-Versicherung zur Sprache brachte und die Frage aufgeworfen hatte, ob man nicht die Knappschaffs-Kassen zu einem Invaliditäts-Verbande vereinigen sollte, um die Bedenken bezüglich der Sicherheit der Kassen zu beseitigen und deren Erhaltung zu sichern. Das Schreiben war dazu bestimmt, Auffassung über die Stimmung in bergmännischen Kreisen zu der Frage zu bringen, ob man die Knappschaffs-Kassen nach dem Inkrafttreten des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes als Zuschußstellen zu den Versicherungs-Anstalten oder, falls der Bundesrat die Leistungsfähigkeit der Kasse anerkennen würde, als selbständige Kassen neben den Versicherungs-Anstalten fortbestehen lassen wollte. Unter den weitausfälligen Knappschaffs-Kassen soll man, wie nach dem Hamb. Nachr. verlautet, eine große Vorliebe für die letztere Regelung vorzuziehen, dagegen hat der Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen in anderen Gebieten die Knappschaffs-Kassen als Zuschußstellen fortbestehen zu lassen. Bedenklich wird in der nächsten Zeit eine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite fallen müssen.

* Elbst die Inhaber des „Eulens Nachr.“ gefahren bezüglich einer kürzlich gehaltenen Rede Bickers in Sleswig ein, daß einer ganzen Reihe von Ausprüchen jedermann vom Herzen zustimmen könne. Es sei ein unwürdiger, Mitglieder der freien Preussischen Partei als Reichsfeinde zu bezeichnen. Sogar die Ausführungen Bickers's über die Verhältnisse der hiesigen Landarbeiter werden, „Eulens Nachr.“ zufolge, in weiten Kreisen Zustimmung finden.

* Daß das deutsche Element in den Reichslanden innerhalb des französischen Sprachgebietes in ihrem Wachsen begriffen ist, geht daraus hervor, daß vom 1. Jan. 1890 ab weitere 28 Gemeinden, welche selber als französisch redende behandelt werden, auf Grund anderer Erhebungen als vorwiegend deutsch-redend erklärt werden konnten. Bei dieser Schläge hat es die Verwaltung für angezeigt gehalten, von dem genannten Termine ab in den betr. Gemeinden die Erlaubnis, im amtlichen Verkehr sich nach dem Französischen zu bedienen, zu erteilen und den ausländischen Gebrauch der deutschen Geschäftssprache anzuerkennen. Die Verwaltung, bei in Betracht kommenden Ortschaften liegt in der nächsten Umgebung von Metz.

* In Landsberg a. W. ist die Wahl des Oberleiters Dr. Kewitsch zum Stadtvorstande nicht bestätigt.

* Im Auftrage des Reichsministers des Innern ist in den letzten Tagen eine Anweisung über Einlieferungsbedingungen in Kaufabtheilungen, ihre Gefahren und die Mittel zu deren Verhütung ausgearbeitet und im Buchhandel erschienen.

* Die Verurteilung gegen den Minister Müller, welcher bekanntlich aus dem Prinzen Wilhelm von Württemberg geschossen hatte, ist jetzt geschlossen; die Akten befinden sich in den Händen der künftigen Staatsanwaltschaft. Das Ereignis der Hauptverhandlung wird vornehmlich eine Freipressung des Reichstages sein, wegen fruchtloser Erklärung der Gesellschaft Müller's in Bezug auf die Rettung der Thron. Müller, welcher, wie die Unterredung ergeben hat, gefällig berichtet behauptet ist, hat unter dem Einfluß von Wahnvorstellungen gehandelt, wie sie bei krankhaft veranlagten Menschen dieser Art sich häufig finden. Gestalt für die Anlage ist der Umstand, daß das Geschick, welches Müller aus einem Retter der thronverweigernden Gesellschaft in einen Verräther des Reiches umzuwandeln, obwohl nicht mehr aufzuhaben war, obwohl der Garten und die nächste Umgebung der Villa Württemberg noch auf das sorgfältigste bewacht wurden; Müller behauptet indeß mit größter Bestimmtheit, mit einer schmerzhaften Patrone geschossen, den Wunden des Prinzen jedoch nicht zum Tode gekommen zu haben. Die Hauptverhandlung steht nahe bevor.

Wissenschaftl. Kunst. Literatur.

— In der Anthropologischen Gesellschaft zu Berlin sprach am Sonnabend der Vorträge Prof. Dr. Birkow die Vorlesung aus, im nächsten Jahre Willmann, Emin Pascha und Stanley in Berlin bezüglich zu können; von Stanley ist eine hierzu bezügliche Anzeige schon eingegangen.

— Den letzten Flügel Ludwig van Beethoven's hat kürzlich der Verein Beethoven's in Bonn erworben. Das Instrument ist ein Wert des in Wien 1891 gestorbenen Hof-Flügelbauers Conrad Graf, der von Beethoven selbst mehrmals in Auftrag des in Wien lebenden Flügelbauers bestellt wurde. Derselbe ist mit Rücksicht auf die Schwerhörigkeit des Meisters nicht wie üblich dreifach, sondern vierfach beinst. Beethoven benutzte ihn wegen seiner Schwerhörigkeit in den letzten Lebensjahren fast ausschließlich. Die Gehäuses des Flügels ist reichlich belegt und außerdem durch Johannes Brahms's Klavier beinst.

Die Polizeibehörde in August hat die Aufführung von „Hensel's Oeuvre“, welche verboten war, dem Stadttheater wieder gestattet.

— Dem Vernehmen nach beschäftigt die Königin in Victoria von England demnächst einen neuen Band von Auszügen aus ihrem Tagebuch herauszugeben und soll der bestimmte literarische Maßgeber der Monarchin, Sir Theodore Martin, bereits mit der Redaktion beauftragt sein. Der Band wird die Geschichte einer Reihe von Originalen aus der Feder der Königin enthalten.

— „Hergensgräbe“ nennt sich eine von Rudolf Köhler mit Gerhard zumengeweihte Antiquologie, eine Festgabe für Deutschlands Frauen, insbesondere für die Frau. Antiquarische Sammlungen besitzt zwar viele derartige Sammlungen, doch fehlen mit so reichem Material versehen wie die vorliegende. Nicht weniger als 24 verschiedene Originalen von Julius Schöppner'stieren das Werk, das auch im übrigen als ein äußerst vornehmes Geschenk sich präsontirt. Die Verlagsanstalt (Germ. S. Weidner, Berlin) legt eine besondere Ehrenreihe, ihre Verlagsartikeln mit vollendetem Kunst und in die Welt zu senden, so ist auch der Inhalt der „Festgabe“ im original-früchtiger. Der Preis des Buches beträgt je nach dem Umfange 10 (Leinen), 12 (Stich) und 15 M. (Leber).

— Der XVI. Jahrgang von Gaad's Damen-Kalender (Verlag von A. Gaad, Berlin, Dorotheenstr. 55. Preis 2 M.) bildet wegen seiner bekannten reichen Ausstattung sowie wegen seiner Brauchbarkeit als Notiz- und Tagebuch auch diesmal ein hübsches Geschenkstück für Damen.

Geriats-Verhandlungen.

* Konstanz, 20. Dez. In der heutigen Straffammerung wurde der Kaufherrliche Wirt von Heubert, Amt Weiskirch, zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit. Nicht weniger denn 47 Schulfrauen waren das Opfer dieses Schändlichen geweten. Weibliche zählt kaum 29 Jahre und ist verheiratet.

Provinzial-Nachrichten.

K. Erfurt, 22. Dez. Die Vertrauensadresse, welche dem Stadtvorstandsvorsteher Geh. Kommerzienrat Stürcke überreicht werden soll, lag auch in der Stadtvorstandsvorstandsvorstellung zur Unterfertigung aus. Von 48 Mitgliedern gaben 17 ihre Unterfertigung ab. Interessante Mittheilungen sind auch in unmittelbarer Nähe des nahen Jagdschlosses Willroda bei Weismann bei dort auf einer Waldwiese Raufen und Krüppel anbringen lassen und fütterte mit den, Eberleibchen und Hühnerfleisch. Täglich tritt das Hochwied aus dem Forste und lobt sich, ohne irgend welche Scherz zu zeigen an dem Wäldchen. — In Weiskirch ist ein Verbrechen verurtheilt worden, ein 20jähriger Mann wegen Entführung der 30-jährigen Marie, welche er verheiratet war. — Auf dem Baulande zu dem neuen Bahnhof, und zwar im Walde bei der „hohen Batterie“, legten Arbeiter zwei nebeneinander liegende, noch recht gut erhaltene menschliche Skelette bloß. Neben ihnen lagen einige Wertgegenstände, sowie zwei kleine Hühnerchen. Sollenfalls, wie vor längerer Zeit an der Stelle die beiden Skelette verunglückt waren, so ist auch die Verheerung. — In Leuchten, 22. Dez. Heute fanden im Saale des Rathsauses eine öffentliche Weihnachtsfeier statt, welche sehr gelungen, daß in Leuchten manderlei für die weniger Begüterten geschieht. Um 4 Uhr zog eine große Schar von hundert Kindern singend in den festlich geschmückten Saal; die Kinder waren an der Spitze bereitete den Kindern eine große Freude. Im Wechsel folgten Gesang, Erzählung, Antritte und Vertheilung der Gaben. Der Saal war gefüllt von Aufsehern aus allen Ständen. Um 7 Uhr beendete in demselben Saale der Frauenverein etwa 60 Personen, alle aus junge, die Vermalen der Stadt, mit reichlichen Gaben. Auch diese Feier wurde reichlich durch Lieb und Anprache.

□ Kassel, 22. Dez. Gestern hat auch hier die Reihe der öffentlichen Weihnachtsfeiern mit der Weihnachtsfeier im Saale des Rathsauses für Kassel und Umgebung im Sitzungssaale des Rathsauses begonnen. Der Kommandeur Dr. von Sill-Mitteln verwehete mit seiner Ansprache die herrlichen Weihnachtslieder, in die auch die zahlreich versammelten Erwachsenen freudigen Stimmungen. Heute nachmittag folgte die Weihnachtsfeier für die Klein- und Vorkinder anfallend im Schützenhaus. Die Festlichkeiten waren, wie immer, eine feine, nicht nur die Bildung, vieler Kinder, sondern auch die Gesundheit bereitet war, auch viele Eltern und Schulkinder hatten sich eingeschrieben, um teilzunehmen. — Der Frauen- und Jungfrauenverein hält eine öffentliche Weihnachtsfeier nicht ab. In der Stille des Hauses empfangen Arme und Mitleidenswürdige ihre Gaben in dankbarer Freude. Die vielfach entgegengenommen, hier eine Wollereier-Gewinnung, die sich zu gründen, aber die Gewinnung hier nicht zu finden, dagegen hat die Hebrungen daran teil.

— Ernennung, 21. Dez. Von dem hiesigen Eisenamte hier, von seiner Frau mit dem 8. künftigen Jahre befreit wurde, von der Kaiserin um Umahme einer Patrone gebeten worden. Auf Verlangen des künftigen Reichsminister's zu Weiskirch vom 13. d. M. genehmigt, daß der Name Sr. Maj. in das hiesige Kirchenbuch als Taufname eingetragen werde. Bei der heute an Dr. Weiskirch'schem Jagdschloße abgehaltenen Jagd wurden etwa 200 Hühner erlegt.

* Weiskirch, 22. Dez. Während des festlichen Vormittags-gottesdienstes erfolgte in üblicher Weise die feierliche Einsegnung des Hn. Oberpastors Holzhause durch Hn. General

